

Protokoll



Bearbeiter gevas humberg & partner

Betrifft :
Verkehrsentwicklungsplan Gemeinde Karlsfeld – Treffen der Arbeitskreise

Erledigen
durch bis

Kunde: Gemeinde Karlsfeld

Datum: 25.07.2016

Zeit: 18:30 – 21:15 Uhr

Ort: Bürgerhaus Karlsfeld

Teilnehmer:

Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Karlsfeld
Vertreter der Gemeinde Karlsfeld
Vertreter des Gemeinderats der Gemeinde Karlsfeld
Vertreter von gevas humberg & partner

1 Einführung

Bürgermeister Kolbe begrüßt die Teilnehmer und führt in das Thema ein. Anschließend stellt Herr Dr. Hessel die vorbereitete Präsentation zum Verkehrsentwicklungsplan Karlsfeld vor. Die Präsentation wurde den Teilnehmern bereits vorab per E-Mail übermittelt.

2 Vortrag und Diskussion

In der Präsentation werden kurz die Ziele eines Verkehrsentwicklungsplans, die wesentlichen Ergebnisse der Verkehrsanalyse sowie die Problemstellung und die Lösungsansätze vorgestellt. Danach werden die in den Arbeitskreisen erarbeiteten und teilweise bereits vorgestellten Maßnahmen vorgestellt, gefolgt von einer Maßnahmenreihung mit Grobkostenschätzung. Anschließend wird das weitere Vorgehen besprochen.

Im Anschluss an den Vortrag wird die Diskussion eröffnet. Die Teilnehmer können sich melden und ihre Fragen am Mikrofon vortragen. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Fragen auch schriftlich an die Gemeinde zu richten (unter verkehr@karlsfeld.de), damit jede Frage im Wortlaut im Verkehrsentwicklungsplan dokumentiert wird.

Hier ein Überblick über gestellte Fragen mit den zugehörigen Antworten:

Protokoll



Frage: Auf welche Zeiträume beziehen sich die Angaben kurz-, mittel- und langfristig im VEP?

Antwort Hr. Dr. Hessel: kurzfristig ca. 2 bis 5 Jahre, mittelfristig ca. 5 bis 7 Jahre, langfristig ca. ab 7 Jahren

Frage: Warum soll der ÖPNV nicht vor 2019 neu geregelt werden?

Antwort Hr. Kolbe: Bis ein neuer Nahverkehrsplan (NVP) für den Landkreis Dachau erstellt ist, sollen laut Kreistagsbeschluss keine Änderungen im ÖPNV-Netz vorgenommen werden. Eine Ausnahme soll das Gebiet Karlsfeld-West sein, da dort momentan gar keine Buserschließung vorhanden ist. Dort soll als „Probetrieb“ bereits früher eine Buslinie eingerichtet werden.

Frage: Könnte die „kleine“ Lösung einer örtlichen Buslinien nach Karlsfeld-West für die Schaffung einer „großen“ Lösung einer Busanbindung nach Pasing über die Verlängerung der Linie 160 nicht kontraproduktiv sein?

Antwort Hr. Kolbe: Die Verlängerung der Linie 160 betrifft eine großräumige Verbindung und sei deswegen anders zu bewerten als eine innerörtliche Buslinie in Karlsfeld, welche schneller zu realisieren sei. Die Bezeichnung „Probetrieb“ unterstreicht, dass die geplante innerörtliche Buslinie keine dauerhafte Lösung sein soll, sondern auf lange Sicht in einem Gesamtkonzept aufgehen soll.

Frage: Die vorgeschlagene Radverkehrsrouten West könnte bis Allach verlängert werden, gibt es hierzu Pläne?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Grundsätzlich wurde im VEP nur die Gemeinde Karlsfeld betrachtet. Eine Verlängerung ist sinnvoll, jedoch liegt die Zuständigkeit für Allach bei der Landeshauptstadt (LH) München und nicht mehr bei der Gemeinde Karlsfeld.

Anmerkung Hr. Kolbe: Man ist mit der LH München in Gesprächen über den Bau einer Querung über den Würmkanal für Fußgänger und Radfahrer. Die Gespräche machen Fortschritte.

Frage: Bei den Radrouten nach Feldmoching fehlt noch die Verbindung in Verlängerung des Feldmochinger Wegs.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Das wird in den VEP noch mitaufgenommen.

Frage: Ist die Einführung von Seilbahnen betrachtet worden?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die Rahmen des NVPs geprüft werden sollen. Es kann im VEP ergänzt werden, dass wir für den NVP auf die

Protokoll



Prüfung von Seilbahnen hinweisen.

Frage: Der Ausbau von Straßen, auch der B471 und der A92, sei nach Ansicht eines Teilnehmers ein Irrweg, da dies nur zu mehr Verkehr führen würde.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Es gibt Beispiele, in denen Umfahrungsstraßen Entlastung bringen. Unser Konzept schlägt nicht überall Verflüssigung des Verkehrs vor, sondern ist ein Gesamtkonzept. Der Fokus aus Sicht der Gemeinde liegt auf der Verlagerung von der B304 auf die A92 bei gleichzeitiger Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel in Karlsfeld.

Es wurde angeregt, dass die Verlängerung der Straßenbahnlinie 20 nach Karlsfeld geprüft wird.

Frage: der Schleichverkehr nimmt nach Ansicht eines Teilnehmers zu, insbesondere am Föhrenweg.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Problem beim Schleichverkehr sind Defizite im übergeordneten Netz.

Frage: Die Parkraumerhebung am Karlsfelder S-Bahnhof sei veraltet, die Situation sei seitdem schlechter geworden.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Im Rahmen des VEP haben wir eine Beobachtung der Situation vorgeschlagen bis das Gebiet westlich der Bahn vollständig bebaut ist.

Antwort Hr. Kolbe: Wegen einer Baustelle am S-Bahnhof Allach stehen dort weniger P+R-Stellplätze als sonst zur Verfügung, wodurch sich viele Fahrzeuge auf die umliegenden S-Bahnhöfe verteilen. Auf lange Sicht sei es denkbar, dass auch auf Karlsfelder Gebiet am S-Bahnhof Parkgebühren ein Thema werden.

Frage: Was bedeutet die Aufnahme eines Tunnels an der B304 in die Bundesverkehrswegeplan (BVWP)?

Antwort Hr. Kolbe: Ein kurzer Tunnel wird vermutlich in den BVWP aufgenommen mit Planungsauftrag. Gewonnen sei damit noch nichts, die Thematik ist sehr langfristig. Die Realisierung ist damit noch nicht gesichert.

Frage: Die Abgasproblematik würde durch einen Tunnel nicht gelöst. An den Tunnelenden sei mit mehr Abgasen zu rechnen.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Das Problem gibt es. Tunnelenden sind die unattraktiven Stellen eines Tunnels.

Protokoll



Frage: Es wird als ungerecht empfunden, dass der Landkreis bis zur Fertigstellung eines NVPs weitere Entwicklungen blockiert.

Antwort Hr. Kolbe: Da der Landkreis Aufgabenträger im ÖPNV ist, ist es legitim, dass er festlegt, wann was wie realisiert wird. Die Ausnahme ist Karlsfeld-West, dort soll das Angebot schon früher realisiert werden (siehe oben).

Frage: In Nachbarschaft der Gemeinde befindet sich das große Industriegebiet mit MAN und MTU. Gibt es Initiativen in Zusammenarbeit mit den Firmen den Verkehr der Mitarbeiter zu reduzieren bzw. zu lenken?

Antwort Hr. Kolbe: Gespräche zwischen MAN/ MTU und der Gemeinde sind im Gange.

Frage: Sind im Verkehrsmodell der Gemeinde auch die Entwicklungen der Stadt Dachau und des Landkreises für die Prognose berücksichtigt?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Ja, die Prognose berücksichtigt auch die Entwicklungen des Umlands.

Frage: Sind in der Bewohnerparkzone Carsharing-Fahrzeuge, Behindertenstellplätze und Ladestationen für Elektrofahrzeuge berücksichtigt?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Behindertenstellplätze bleiben wie im Bestand erhalten, unabhängig von der Bewohnerparkzone.

Antwort Hr. Kolbe: Die Gemeinde begrüßt Elektromobilität, Ladestationen sind wichtig. Wie genau das aussehen soll, dazu gibt es noch keine konkrete Planung und muss noch im Gemeinderat diskutiert werden.

Frage: Wäre es möglich einen Tunnel für die B304 statt unter der Münchner Straße nicht parallel dazu in Höhe Nibelungenstraße in offener Bauweise zu bauen? Wurde das untersucht?

Antwort Hr. Kolbe: In diesem Bereich gibt es viele Privatgrundstücke, die erworben werden müssten. Aber der Vorschlag wird trotzdem mit aufgenommen.

Frage: Die Planungen zur Krenmoosstraße und Gartenstraße sind nicht im VEP, was ist damit?

Antwort Hr. Kolbe: Beide Maßnahmen sind bereits beschlossen und kurzfristig fest vorgesehen, weswegen sie nicht im VEP vorkommen. Die Maßnahmen Gartenstraße kommen dieses Jahr noch ab August. An der Krenmoosstraße sind noch Details zu klären, an der Grundsatzplanung soll jedoch nichts geändert werden.

Frage: Bei Vorfahrtsstraßen in Karlsfeld sollten die Aufmerksamkeitsfelder an den unter-

Protokoll



geordneten Zufahrten generell rot eingefärbt werden, diese Maßnahme fehle.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Für die B304 wurde das bereits erwähnt, für weitere Straßen wird das ergänzt.

Frage: Die Grünzeiten für Fußgänger an den Querungen der B304 seien nach Ansicht eines Teilnehmers nicht ausreichend. Auch könne auf Bedarfsampeln ganz verzichtet werden und reguläre Ampeln eingesetzt werden. Ferner gäbe es zu viele Stolperfallen an den Übergängen.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Die Probleme an den Querungen entlang der B304 sind bekannt und wurden alle dem Staatlichen Bauamt Freising (StBAFS) mitgeteilt. Die Umsetzung liegt im Ermessen des Staatlichen Bauamts. Das Staatliche Bauamt hat zugesagt, seine Entscheidungen im Gemeinderat zu begründen. Ein Termin steht noch aus.

Frage: Warum dauert es so lange, bis etwas umgesetzt wird?

Antwort Hr. Kolbe: Grundsätzlich gibt er dem Teilnehmer recht. Es gibt Themen, die liegen in der Hand der Gemeinde, in Abhängigkeit der finanziellen Kraft. Andere Dinge müssten in Zusammenarbeit mit Staatlichen Bauämtern, der Bahn, dem Verkehrsverbund oder anderen Stellen umgesetzt werden, was zeitlich länger dauert.

Frage: Es müsste von der Gemeinde viele mehr Druck auf die übergeordneten Stellen wie das Staatliche Bauamt aufgebaut werden, um die Ziele durchzusetzen. Auch möchte der Teilnehmer jetzt Ergebnisse in der Umsetzung des VEPs sehen.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Es bräuchte erheblichen Druck, um eine Reduzierung von 4 auf 2 Fahrstreifen durchzusetzen. Das ist nach den bisherigen Gesprächen jedoch unwahrscheinlich.

Antwort Hr. Kolbe: Es gibt auch Druck von der anderen Seite, wie der Stadt Dachau, da diese Maßnahmen auch Dachau und den Landkreis betreffen. Es ist bereits viel geschehen im Zuge des VEPs. Es war das Ziel des VEPs, Lösungen zu finden. Der VEP ist keine Show-Veranstaltung und Lösungen sollen jetzt auch zügig umgesetzt werden.

Frage: Sind Anrufsammeltaxis in die Diskussion aufgenommen worden?

Antwort Hr. Kolbe: Anrufsammeltaxis sind bereits schon einmal untersucht worden und sind nicht in Diskussion, da die Versorgung von Karlsfeld bis 1 Uhr nachts mit der Linie 712 bereits gut vorhanden ist und die Gemeinde die Bedienung im Linienverkehr bevorzugt.

Frage: Ist in der Neuen Mitte eine konkrete Parkleitführung in die Tiefgarage geplant?

Protokoll



Antwort Hr. Kolbe: Die Anregung wird aufgenommen.

Frage: Ist ein Lkw-Fahrverbot für die B304 denkbar, bzw. möglich?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Dies ist mit hohen Hürden versehen, da das auf Bundesstraßen in der Regel nur schwer machbar ist. Auch müsste das überwacht werden, was schwierig ist aufgrund der vielen Anlieger in Karlsfeld, die dann weiterhin das Recht hätten, mit dem Lkw beliefert zu werden. Die Anregung kann in den VEP aufgenommen werden.

Frage: Ist eine Erhöhung der Stunden für die Parkraumüberwachung geplant?

Antwort Hr. Rustler: Das ist bereits geschehen, seit anderthalb Monaten sind es 80 statt 40 Stunden im Monat.

Aussage von der PI Dachau (Hr. Wacht): Die Unfallkommission, der er angehört, hat beschlossen, die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 60 auf 50 km/h aus Sicherheitsgründen auf der B304 zu reduzieren. Bei der zuständigen Behörde ist bereits alles auf den Weg gebracht und demnächst werden die Schilder ausgetauscht.

Frage: In der Liste mit der Übersicht der Maßnahmen fehlen die meisten Maßnahmen zum ÖPNV.

Antwort Hr. Dr. Hessel: Das kann aufgenommen werden mit dem Hinweis, dass die Maßnahmen erst mit einem NVP umgesetzt werden.

Frage: Es gibt viele schmale Straßen in den 30er-Zonen. Könnten diese Straßen als Einbahnstraße geregelt werden, um den Verkehr flüssiger zu machen?

Antwort Hr. Dr. Hessel: In Wohngebieten soll langsam gefahren werden, deswegen sollte der Verkehr nicht verflüssigt werden. Hier steht der Sicherheitsgedanke im Vordergrund.

Antwort Hr. Rustler: Mit Einbahnstraßen wird der Verkehr schneller, aber auch die Wege werden weiter, da nicht mehr immer direkt gefahren werden kann.

Frage: Könnte die Linie 160 bis zur Eversbuschstraße verlängert werden, dann könnten die Karlsfelder den Bus nutzen, ohne dass er auf ihrem Gebiet fahren muss?

Antwort Hr. Dr. Hessel: Das Münchner Gebiet liegt außerhalb der Zuständigkeit der Gemeinde Karlsfeld. Dies ist eine Fragestellung, die im Rahmen eines NVP angeregt werden könnte.

Protokoll



3 Zusammenfassung und Ausblick

Nach Beendigung der Diskussion schließt Herr Bürgermeister Kolbe die Veranstaltung. Die Teilnehmer können den vorliegenden Berichtsentwurf bei der Gemeinde beziehen. Wie bereits erwähnt, sind die Teilnehmer gebeten, ihre Anregungen und Fragen erneut schriftlich an die Gemeinde zu richten. Die benannten Anregungen werden zu Protokoll genommen und in den Bericht aufgenommen.

Nach der Sommerpause wird der Gemeinderat in einer oder mehreren öffentlichen Sitzungen den Verkehrsentwicklungsplan behandeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitskreise sind hierzu eingeladen.

gevas humberg & partner
Ingenieurgesellschaft für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik mbH

gez. i. A. Shahinfar